

DANKESREDE VON DR. REINHARD LOSKE ANLÄSSLICH DER VERLEIHUNG DES „ADAM-SMITH-PREISES FÜR MARKTWIRTSCHAFTLICHE UMWELT-POLITIK“ IN HOFGEISMAR AM 31. MAI 2008

Für die Anerkennung, die mir der Förderverein für Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft durch die Verleihung des Adam-Smith-Preises 2008 ausspricht, möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Dass ich mir den Preis mit meiner Ex-Kollegin Barbara Hendricks teilen darf, ist nur gerecht, denn es waren nicht gerade wenige Populismuswellen gegen die Ökosteuer, die wir in der rot-grünen Koalition zwischen 1999 und 2005 gemeinsam abwehren mussten. Man darf es als gute Erfahrung abbuchen, einer rigorosen Allianz aus ADAC, BDI, BILD, CDU und FDP mit Argumenten getrotzt zu haben. Es schweißt auch durchaus zusammen, wenn von vorne der Sturm weht, man sich hilfesuchend umdreht und erkennen muss, dass viele, die einem helfen könnten, in der Furche liegen und warten, bis der Orkan sich verzogen hat.

Nun ja, das ist Geschichte. Vielleicht sei nur die historische Reminiszenz erlaubt, dass der Ölpreis 1999, im Jahr der Ökosteuer-Einführung, zwischen 10 und 15 Dollar pro Fass lag. Heute liegt er bei 130 Dollar. Tendenz: Weiter steigend. Die These, die durch die Ökosteuer induzierte Energieeinsparung sei nichts anderes als eine Vorbereitung auf die drohende Energiekrise, eine Versicherungsprämie gewissermaßen, kann heute jedenfalls ein hohes Maß an Plausibilität für sich beanspruchen.

Ich freue mich auch deshalb über den Adam-Smith-Preis, weil zwei meiner großen Vorbilder ihn in den vergangenen Jahren ebenfalls erhalten haben. Der Adam-Smith-Preis des Jahres 2004 wurde Hans-Christoph Binswanger verliehen, dessen Werke zur ökologischen Finanzreform, zur Wachstumsfrage und zur Magie des Geldes mich während meiner akademischen Laufbahn stark geprägt haben. Zu meiner Politisierung als junger Student hat nicht zuletzt Binswangers Schrift „Arbeit ohne Umweltzerstörung“ beigetragen, die er 1983 mit meinem späteren Doktorvater Hans Nutzinger und Heinz Frisch vorgelegt hat. So habe ich die letztlich unfruchtbare Dichotomie, der schaffende Mensch hier, die vor ihm zu bewahrende Natur dort, früh hinter mir gelassen und nach ganzheitlichen Antworten gesucht.

Während Binswanger zu meinen frühen Helden gehörte, kann ich das vom Träger des Adam-Smith-Preises 2007 kaum sagen: Klaus Töpfer habe ich als CDU-Politiker und Bundesumweltminister Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre ziemlich kritisch gesehen – so wie das ganze „System Kohl“. Das gestehe ich freimütig. Erst später, in meiner Zeit am Wuppertal-Institut und im Deutschen Bundestag, habe ich seine Politik in Sachen Klimaschutz, Naturschutz und Kreislaufwirtschaft zu schätzen gelernt. Ich habe seinen Rat gesucht und diesen stets und ohne große Umschweife erhalten - unterschiedlichen Parteizugehörigkeiten zum Trotz. Als unerschrockener Kämpfer für den Einsatz ökonomischer Instrumente in der Umweltpolitik und Chef der UN-Umweltbehörde hat Töpfer mich beeindruckt. Heute kann ich ihn als eines meiner politischen Vorbilder bezeichnen, wozu auch seine aktuellen Interventionen beitragen, etwa zur Lebensstilfrage und zur Frage der globalen Gerechtigkeit.

Als Benjamin in einer Reihe mit solchen Preisträgern zu stehen, freut einen natürlich. Aber es verpflichtet auch dazu, etwas einigermaßen Kluges zum Themenkreis „Ökologie und Ökonomie“ und zum Namensgeber des Preises, dem Moralphilosophen Adam Smith, zu sagen. Das will ich nun in aller gebotenen Kürze versuchen.

Der Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik hat in den vergangenen Jahren durchaus eine zunehmende Rolle gespielt. Man denke für Deutschland an die Abschaffung der Eigenheimzulage, die Reduzierung der Pendlerpauschale und den Abbau der Steinkohlesubventionen, alles umweltschädliche Subventionen par excellence, an die Einführung des Emissionshandels oder die LKW-Maut. Zu nennen wären hier auch die Einführung der City-Maut in Städten wie London und Stockholm oder die Erhebung von Abgaben auf Plastiktüten in verschiedenen Staaten.

Von einem systematischen und kohärenten Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik kann aber nicht gesprochen werden, weder in Deutschland, noch in Europa oder gar weltweit. Insbesondere das Festhalten an Subventionen, die marktverzerrend und umweltschädlich wirken, ist nach wie vor weit verbreitet.

Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft fließen staatliche Transfers noch immer überwiegend entlang quantitativer Kriterien, was als einer der wesentlichen Gründe für die Zerstörung biologischer Vielfalt gelten muss. Noch verheerender ist die Subventionspraxis vieler Staaten in der Fischereiwirtschaft, wo überdimensionierte Fangflotten die schrumpfenden Fischbestände bis in die letzten Winkel der Ozeane verfolgen. Auch im Verkehrssektor ist die Subventionierung zu Lasten der Umwelt noch weit verbreitet, wie die Steuerprivilegien für schwere Limousinen sowie den Luft- und Schiffsverkehr besonders krass zeigen. Und im Energiesektor ist die Fülle der umweltschädlichen Subsidien noch immer ein kaum durchdringbarer Dschungel.

Daraus folgt für mich, dass der Abbau umweltschädlicher Subventionen eine der wichtigsten Aufgaben marktwirtschaftlicher Umweltpolitik ist.

Das zweite große Thema marktwirtschaftlicher Umweltpolitik ist heute der Emissionshandel, also die „Einpreisung“ des Kohlendioxids in die Preisbildung auf den Märkten für Energie, Grundstoffe und Industriegüter. Gelingt es, den in Europa 2005 eingeführten europäischen Emissionshandel zu einem funktionierenden „Cap and Trade“-System weiterzuentwickeln, also anspruchsvolle Klimaschutzziele mit marktwirtschaftlichen Mechanismen zu verbinden, würde das auch international ausstrahlen. Um zu strahlen, müssen aber bestimmte Erfolgsbedingungen erfüllt sein. So ist es unverzichtbar, dass ab 2013 sämtliche CO₂-Zertifikate in der europäischen Energiewirtschaft versteigert werden, damit sich das bilden kann, was Ernst-Ulrich von Weizsäcker einmal „ökologisch wahre Preise“ genannt hat. Die heutige Praxis der weitgehend kostenlosen Zuteilung von Zertifikaten hat sich nicht bewährt, weil sie dem Missbrauch Tür und Tor öffnet.

Es erhöht den Lenkungseffekt des Emissionshandels, wenn die Formulierung von CO₂-Zielen weit in die Zukunft ragt, weil Unternehmen und Haushalte sich in ihren Entscheidungen dann entsprechend einstellen können. Meine Empfehlung für die EU wäre: minus 30 Prozent bis 2020, minus 50 Prozent bis 2030, minus 90 Prozent bis 2050 (jeweils gegenüber 1990). Mit einer solch klaren Zielformulierung würde ein gewaltiger Schub in Richtung Effizienztechnik, erneuerbarer Energien, moderner Produktionsverfahren und angepasster Lebensstile ausgelöst.

Letztlich kann der Emissionshandel aber erst dann zu ökologisch wahrhaftigen Preisen führen, wenn auf den Energiemärkten fairer Wettbewerb herrscht. Auf oligopolistischen Märkten, so wie wir sie heute im Strom- und Gassektor überwiegend vorfinden, besteht immer die Gefahr, dass es zu spekulativem Verhalten, Preisabsprachen und ungerechtfertigten Gewinnen kommt.

Der Emissionshandel muss deshalb durch eine wettbewerbsorientierte Energiepolitik flankiert werden, die die Macht der großen Energieversorger systematisch zurückdrängt. Wichtige Bausteine einer solchen Strategie sind Beteiligungsverbote, Entflechtung und die konsequente Trennung von Stromerzeugung und Netzbetrieb.

Wie würde Adam Smith, dessen Hauptwerk, „Der Wohlstand der Nationen“ 1776 erschien, wohl zu den genannten Fragen stehen? Wir wissen es nicht. Aber spekulieren ist nicht verboten.

Mit Adam Smith wird meist die „unsichtbare Hand“ verbunden, die das Gemeinwohl mehrt, wenn nur jeder seinem Eigennutze folgt. Diese These ist ja nicht ganz falsch, denn für Geld tun die Leute bekanntermaßen fast alles, sogar das Gute. Dass der Moralphilosoph aber dennoch nicht einem schrankenlosen Egoismus das Wort redete, kann nur verstehen, wer ihn als Kind seiner Zeit begreift.

Für Smith lagen Grenzen persönlichen Glücksstrebens insbesondere in ethischen Gefühlen wie Verantwortung, Empathie und Mildtätigkeit. Er lebte in einer Welt, in der das Wirtschaftsleben noch weitgehend durch ständische Regeln geprägt war, die er als Freiheitsbeschränkung und Produktivitätsbremse empfand. Da, wo Märkte verriegelt und verrammelt sind und alles zum Wohle derjenigen geregelt ist, die ihr Scherflein schon im Trockenen haben, schien ihm Aufbegehren als erste Bürgerpflicht. Mir scheint, das war damals richtig. Und das ist auch heute richtig.

Ich finde die Idee jedenfalls nicht verwegen, sich Adam Smith als Streiter gegen die Kartellbrüder in der Energiebranche vorzustellen – und als Unterstützer der neuen, flexiblen und marktorientierten Unternehmen der Solar- und Windbranche.

Und was würde der Namensgeber unseres Preises zur Setzung von Grenzen für CO₂ sagen? Ich fürchte, hier muss die Antwort noch spekulativer ausfallen, denn die Umweltprobleme der Moderne gab es zur Zeit von Smith noch nicht. Aber es gab andere Probleme, die nur gemeinschaftlich zu lösen waren, etwa die Vermeidung oder Bekämpfung von regelmäßig auftretenden Feuersbrünsten, die ganze Städte in Schutt und Asche legen konnten. Die Errichtung von Brandmauern etwa, darauf hat Binswanger in seiner Dankesrede zur Preisverleihung 2004 bereits hingewiesen, sah Smith als notwendige Vorschrift, der jeder Bürger zu genügen habe. Hier plädiert er nicht für den Nachtwächterstaat, der die Leute in Ruhe lässt, sondern für den starken Staat, der Vorgaben macht und deren Einhaltung auch streng überwacht.

Wir dürfen uns Adam Smith also durchaus als jemanden denken, der die Notwendigkeit sieht, Mauern gegen den Klimawandel einzuziehen und diese nicht zu übertreten. Freilich können wir sicher sein, dass er innerhalb dieser Mauern (oder sagen wir besser: innerhalb dieser ökologischen Leitplanken, denn die sind nach vorne offen) für ein Höchstmaß an Freiheit streiten würde.

Denn nur die Freiheit schafft die Bedingungen für Kreativität und Erfindergeist, für Imagination und schöpferisches Tun, für die Einsicht, dass wir aufeinander angewiesen sind, wenn wir die großen Menschheitsprobleme lösen wollen.

Nun wollen wir es nicht übertreiben mit der Vereinnahmung des seligen Adam Smith, sondern uns den umweltpolitischen Aufgaben stellen, die vor uns liegen. Der

Emissionshandel, der Abbau umweltschädlicher Subventionen und die ökologische Finanzreform sind Großbaustellen, auf denen es noch viel Arbeit gibt: Arbeit gegen Umweltzerstörung!

In diesem Sinne noch einmal ein ganz herzliches Dankeschön!

Reinhard Loske ist seit Juni 2007 Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa des Landes Bremen. Vorher war er Mitglied des Deutschen Bundestages und dort umweltpolitischer Sprecher der Grünen (1998 – 2007) und Wissenschaftler am Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt Energie (1992 – 1998).